



24. Juli 2019 Medien

Gastautor

Zum Verhältnis von privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Medien

Medien spielen in der Demokratie eine wichtige Rolle. Öffentlich-rechtliche Nachrichtensendungen sind eine sachlich begründete Ergänzung, aber keine Alternative zum Informationsangebot von privatwirtschaftlichen Tageszeitungen. Zu diesem Ergebnis kommt Hans Mathias Kepplinger.

Die Dynamik pluralistischer Gesellschaften beruht auf der Konkurrenz von Parteien und Interessenverbänden, Vereinen und Individuen. Eine Voraussetzung für ihren Erfolg ist ihre mediale Beachtung. Die Berichterstattung bildet zugleich eine Grundlage für die sachlich begründete Meinungsbildung der Bevölkerung.

Dies führt zur Frage, welchen Beitrag privatwirtschaftliche Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten dazu leisten. Hinweis gibt die Zahl der berichteten Einzelereignisse: Je mehr Ereignisse sie berichten und je breiter das berichtete Ereignisspektrum ist, desto größer sind die Chancen der Akteure auf öffentliche Beachtung und desto umfassender können sich Leser, Hörer und Zuschauer informieren.

Auskunft über die Zahl und Art der publizistisch relevanten Ereignisse gibt eine Analyse von Regionalzeitungen und regionalen Hörfunknachrichten in zwei rheinland-pfälzischen Regionen. Die 14 dort erscheinenden Regionalzeitungen haben 1995 an fünf Tagen über 4.186 verschiedene Einzelereignisse berichtet. Schwerpunkte waren sportliche, kulturelle, kommunalpolitische und wirtschaftliche Geschehnisse. Die vier öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunknachrichten in den gleichen Regionen haben von 6.00 bis 18.00 Uhr mit ähnlichen thematischen Schwerpunkten über 320 dieser Ereignisse berichtet.

Im Durchschnitt hat jede Regionalzeitung Tag für Tag über viermal so viele Einzelereignisse berichtet wie die regionalen Hörfunknachrichten. Dabei gab es nur geringe Unterschiede zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern. Hätten sich die Menschen in den Regionen nur aus den Hörfunknachrichten informiert, hätten sie einen Großteil des aktuellen Geschehens in ihren Regionen und im Land nicht erfahren.

Streben nach Medienpräsenz

Ein verlässliches Bild vom publizistischen Spektrum der deutschen Tageszeitungen vermitteln in den 1980er Jahren vier überregionale Qualitätsblätter: Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und Welt. Ereignisse, die sie auf ihren Titelseiten herausstellten, waren publizistisch bedeutsam, und je mehr Zeitungen das machten, desto bedeutsamer waren sie.

Die vier Blätter haben auf ihren Titelseiten 1983 innerhalb von knapp vier Monaten über 3.219 verschiedene Einzelereignisse berichtet – also durchschnittlich 14 am Tag. Die neun Landesrundfunksender und der Deutschlandfunk haben in den Abendnachrichten ihrer ersten Programme durchschnittlich acht der 14 Geschehnisse thematisiert. Von den weniger bedeutenden meldeten sie fünf Prozent, von den bedeutendsten 44 Prozent. Folglich informierten die Hörfunknachrichten über weniger als die Hälfte der Ereignisse, die alle vier Zeitungen als erwähnenswert auf ihrer Titelseite herausstellten. Würde man die Meldungen im Innenteil der Blätter in den Vergleich einbeziehen, wäre das Ungleichgewicht weitaus größer.

Die Berichterstattung der meisten Hörfunksender über Deutschland besaß deutliche Affinität zur FR: Sie berichteten häufig über Ereignisse, die nur diese Zeitung auf ihrer Titelseite herausstellte. Besonders ausgeprägt war das bei kontroversen Themen. Das Spektrum der publizistisch relevanten Ereignisse der Hörfunksender war deshalb deutlich enger als das publizistische Spektrum der Qualitätszeitungen und hatte eine thematische Schlagseite. Auf den Hörfunk fixierte Bürger hätten zwar vieles erfahren, was die Redakteure der FR besonders wichtig fanden, aber vieles nicht, was die Redakteure der anderen drei Blätter auf ihren Titelseiten herausstellten.

Die Bedeutung von Medienpräsenz belegen die Erfahrungen von Personen, die damit angeblich keine Probleme haben: Lobbyisten für Unternehmen und Gewerkschaften, kulturelle und politische Organisationen, Sozial- und Freizeitverbände. Trotz ihrer unterschiedlichen Ziele gleichen sich die Antworten der 1.010 Befragten, sodass man sie zusammen betrachten kann. Für Lobbyisten ist erwartungsgemäß der „direkte Kontakt zu politischen Entscheidern“ noch wichtiger als die „mittelbare Einflussnahme über die Medien“. Gleichwohl halten fast zwei Drittel von ihnen die Einflussnahme über Medien für wichtig oder sehr wichtig.

Qualität der Berichterstattung

Allerdings haben mehr als zwei Drittel schon erlebt, dass ihr Verband „kaum eine Chance hatte, über Kontakte zu Journalisten in den Medien Beachtung zu finden“. Ihre Argumente wurden „in der Berichterstattung nicht richtig dargestellt“ (42 Prozent), ihre Stellungnahmen „weniger beachtet als sonst“ (37 Prozent) und über ihr Anliegen „ablehnend berichtet“ (37 Prozent). Der Kontakt zu einzelnen Journalisten war zudem „schwieriger als sonst oder kaum möglich“ (27 Prozent). Die Erfahrungen der Lobbyisten kann man nicht verallgemeinern. Sie verweisen jedoch auf die Bedeutung der Medienpräsenz für den Erfolg lokaler, regionaler und überregionaler Akteure.

Die Qualität der aktuellen Berichterstattung beruht auf der richtigen Darstellung aller publizistisch relevanten Ereignisse, ihrer Zusammenhänge und der damit verbundenen Einschätzung möglicher Ursachen und Folgen. Besonders bedeutsam ist das bei Krisen wie der Migration im Jahr 2015. Die FAZ hat von Mai 2015 bis Januar 2016 in 121 Beiträgen über Maßnahmen an der Grenze berichtet. Auch für die Süddeutsche Zeitung waren Grenzmaßnahmen ein wichtiges Thema, allerdings brachte sie nur 53 Beiträge. In den Hauptnachrichten von ARD und ZDF, „Tagesschau“ und „heute“, spielte das politisch heikle Thema mit jeweils elf Beiträgen dagegen keine große Rolle.

Den oft unausgesprochenen Hintergrund der Berichte bildete die Einschätzung der Chancen und Gefahren der Migration. Beide Zeitungen befassten sich sehr häufig damit, die beiden Fernsehnachrichten selten. Die FAZ behandelte die Thematik in 588 Beiträgen, die Süddeutsche Zeitung in 354, die „Tagesschau“ und „heute“ in 59 beziehungsweise 58. Alle stellten die Migration meist als Gefahr dar. Aus Sicht der Zeitungsleser handelte es sich aufgrund der Vielzahl der Beiträge vermutlich um ein bedeutendes Problem, aus Sicht der Fernsehzuschauer aufgrund ihrer seltenen Erwähnung kaum.

Vorrang der Zeitungen vor dem Rundfunk

Angesichts der allgemeinen Betonung der Gefahren war die wertende Darstellung von Interessenkonflikten wichtig: Sie verdeutlichte, wie Politik und Behörden damit umgehen sollten. Die FAZ griff die Problematik in 225 Beiträgen auf, die Süddeutsche Zeitung in 183, die „Tagesschau“ in 50 und „heute“ in 46. Die FAZ betonte den Vorrang der Interessen der Einheimischen. Die SZ räumte den Interessen der Migranten den Vorrang ein. Die Fernsehnachrichten betonten in etwa der Hälfte ihrer Beiträge den Vorrang der Interessen von Migranten. Das stand im Widerspruch zu ihrer Betonung der Gefahren.

Die FAZ und Süddeutsche Zeitung berichteten wesentlich intensiver als „Tagesschau“ und „heute“ und mit klaren Positionen über thematisch zusammenhängende Aspekte des Geschehens. Auf das Fernsehen fixierte Zuschauer wären deshalb wesentlich schlechter informiert worden als zeitungsfixierte Leser. Allerdings hätten auch Zeitungsfixierte im Vergleich zu Fernsehfixierten vieles nicht wahrgenommen, vor allem Mitleid erregende Bilder.

Die FAZ vertrat bei allen, die Süddeutsche Zeitung bei einigen Themen Sichtweisen im Widerspruch zur Politik der Großen Koalition. Die „Tagesschau“ und „heute“ thematisierten kaum regierungskritische Sichtweisen. Offensichtlich führte der Außenpluralismus der Zeitungen, ihr wirtschaftlicher Wettbewerb, zu mehr publizistischer und regierungskritischer Vielfalt als der geforderte Binnenpluralismus der öffentlich-rechtlichen Sender.

Viele Fernsehzuschauer lesen keine Zeitung. Ohne Fernsehnachrichten wären sie vom aktuellen Geschehen abgeschnitten. Darauf verweisen empirische Studien: Die Bevölkerung in Ländern mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk ist besser informiert und besitzt mehr Interesse an Politik als die Bevölkerung in Ländern ohne. Es gibt bei aller Kritik folglich gute Gründe für die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Trotzdem besitzen bei Interessenkonflikten zwischen privatwirtschaftlichen Zeitungen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus den genannten Gründen Zeitungen den Vorrang.

Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger ist Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut für Publizistik der Universität Mainz.